

Die Gewerkschaft Unia stellt in medienwirksamen Aktionen die schlechten Arbeitsbedingungen in der Grünen Branche an den Pranger. Die Arbeitnehmervertretung der Grünen Branche, die Grünen Berufe Schweiz (GBS), bewertet die Situation anders. Barbara Jörg, Präsidentin der GBS, erklärt aus dem Blickwinkel der Arbeitnehmerorganisation, die sich als «von Gärtnern für Gärtner» versteht, in welchen Punkten sie nicht übereinstimmt.

Interview: Waltraud Aberle



Barbara Jörg, Präsidentin der Grünen Berufe Schweiz, hat den einst hohen Bekanntheitsgrad der Arbeitgeberorganisation im Visier.

Gärtner treten für Gärtner ein

Die Gewerkschaft Unia wendet sich derzeit mit diversen Aktivitäten an die Mitarbeitenden von GaLaBau-Betrieben und an die Öffentlichkeit. Im Fokus steht der Kanton Zürich. Dort verteilten Landschaftsgärtner, die Mitglied bei der Unia sind, Rosen an Passanten. Die Unia will mit diesen Aktionen direkt an die Kundschaft der GaLaBau-Firmen gelangen und diese «für die Arbeitsbedingungen der Landschaftsgärtner sensibilisieren». So in Küsnacht, am rechten Zürichseeufer, wo besonders viele Gartenbau-firmen in den Kundengärten tätig sind.

Weiter wird unter zukunft-gartenbau.ch eine Umfrage über eine faire Entlohnung lanciert. Die Umfrage wird mit Plakaten beworben. Der Frage, was ein fairer Lohn im Gartenbau ist, wird der Lohnunterschied im Vergleich zum Bauhauptgewerbe vorangestellt: «Im Gesamtarbeitsvertrag von JardinSuisse verdient ein Gärtner ohne Ausbildung Fr. 3800.– im Monat und ein Gärtner mit Ausbildung Fr. 4350.– im Monat. Ein Arbeiter auf dem Bau ohne Ausbildung verdient Fr. 4477.–. Mit Ausbildung bekommt er Fr. 5553.–.»

dergartenbau: Dem Lohnvergleich zufolge ist der Mindestlohn für einen gelernten Landschaftsgärtner tiefer als derjenige einer ungelerten Hilfskraft

auf dem Bau. Dies, obschon die GBS als Sozialpartner mit dem Unternehmerverband JardinSuisse bei den letzten beiden Verhandlungsrunden Erhöhungen der Mindestlöhne bewirkt. Wie bewerten Sie diesen Branchenvergleich?

Barbara Jörg: Die Grüne Branche und das Bauhauptgewerbe sind nicht 1:1 miteinander vergleichbar. Massgeblich sind die Gegebenheiten der Grünen Branche.

Worin liegen die besonderen Bedingungen begründet?

Ein zentraler Punkt ist die Arbeit mit den Pflanzen. Wir haben es mit lebendiger Ware zu tun. Dafür ist ein gewisses Gespür erforderlich. Jede Gärtnerin, jeder Gärt-

GaLaBau ein Thema. Der für die Ausbildung betriebene Aufwand geht damit verloren. Besteht hier angesichts des Fachkräftemangels Korrekturbedarf?

Die Arbeitgeber sind am Erwachen. Die Mindestlöhne konnten bei den Verhandlungen Schritt für Schritt angehoben werden. Ein Mindestlohn ist dafür da, dass die Schwächsten (Temporärarbeitende und Lehrabgänger) geschützt sind. Der Mindestlohn setzt auf einem Niveau an, auf dem der Lebensunterhalt gewährleistet ist. Würden wir einen Mindestlohn von 5000 Franken für die gesamte Branche festlegen, würde die Hälfte der Betriebe aus dem Verband austreten, für diejenigen Betriebe gilt das Lohnregulativ dann nicht

«Für uns ist wichtig, dass der Mindestlohn für die gesamte Branche funktioniert.»

ner weiss, dass es nicht geht, zu sagen «Ich gehe dann heim und komme in einer Woche wieder.» Es gibt saisonale Spitzen und Tage, an denen man länger arbeiten muss.

Im aufgeführten Lohnvergleich fällt auf, dass der Lohnsprung zwischen Gelerten und Ungelernten im Bauhauptgewerbe doppelt so hoch ist (Fr. 1076.–) wie in der Grünen Branche (Fr. 550.–). Die Abwanderung in andere Branchen ist im

mehr. Das ist nicht unser Ziel. Für uns ist wichtig, dass der Mindestlohn für die gesamte Branche funktioniert. Der Medianlohn (Durchschnittslohn) ist höher als die Mindestlöhne, da in der Branche langjährige Mitarbeitende bessere Löhne haben. Auf dem Bau ist dies nicht so.

Mit einem allgemeinverbindlichen GAV wären die Löhne von allen Betrieben einzuhalten. Ist die AVE (Allgemein-

verbindlich-Erklärung) Ziel der GBS?

Ja, die AVE des GAV ist in der Deutschschweiz für die gesamte Branche das Ziel.

Scheitert ein GAV mit AVE an den Produzenten?

Das wird häufig so ausgelegt. Im Hinblick auf die Situation der Konkurrenz mit der Landwirtschaft zeichnet sich ein Wandel ab. Die Produzenten könnten sich durch eine AVE schützen. Derzeit ist aber der GaLa-Bau wichtigster Bestandteil des Schutzes vor der Konkurrenz aus dem Ausland. Viele Firmen, die aus dem Ausland kommen, zahlen Löhne, die unter dem Mindestlohn des GAV der Grünen Branche liegen.

Die Zierpflanzenproduktion gehört wie die Landwirtschaft zur Urproduktion, ist aber dem GAV der Grünen Branche unterstellt. Welche Konsequenzen hätte ein Wechsel zur Landwirtschaft?

Die Unterstellung des Zierpflanzenbaus unter die Landwirtschaft hätte schlechtere Bedingungen beim Lohn und den Arbeitszeiten zur Folge. Vielen ist das nicht bewusst.

Die Kehrseite ist, dass der Zierpflanzenbau von Subventionen ausgeschlossen ist, wovon die Konkurrenz aus dem Ausland zum Teil profitiert.

Subventionen für Zierpflanzen, die an sich ein Luxusprodukt sind, scheinen mir in der Schweiz nicht realistisch zu sein.

Die Gewerkschaft Unia agiert auf regionaler Ebene. In Schaffhausen gab es einen Arbeitskampf. Im Kanton Waadt war die Gewerkschaft Sozialpartnerin für einen vor Kurzem verabschiedeten GAV mit AVE. Wie beurteilen Sie dies?

Grüne Berufe Schweiz hat bereits einen GAV mit AVE in beiden Basel für alle Fachsparten verabschiedet. In Schaffhausen sind die Verhandlungen der GBS mit der Arbeitgeberorganisation, der rund 30 Betriebe angeschlossen sind, auf gutem Weg. Wir konnten wesentlich bessere Bedingungen aushandeln als im Vertrag, den die Unia im Kanton Waadt unterzeichnet hat. Der Mindestlohn für Landschaftsgärtner drei Jahre nach der Lehre wird nach Inkrafttreten des GAV in zwei Stufen auf Fr. 5000.– angehoben. Dafür liegt der GBS eine schriftliche Zusicherung vor.

Der GaLaBau verzeichnete in den letzten zehn Jahren eine sehr gute Auftragslage. Die Löhne liegen deshalb im GaLaBau weit über den Mindestlöhnen, heisst es oft. Wie schätzen Sie dies ein?

Wir hören von den Arbeitgebern häufig, dass sie nicht mehr zahlen können. Ein guter Arbeiter hat auch einen anständigen Lohn verdient. Man muss jedoch realistisch bleiben. Wir von der GBS arbeiten selbst in der Branche und können einschätzen, was wir fordern können.

Aufgrund fehlender Lohnperspektiven machen sich immer mehr Landschaftsgärtner selbstständig. Die Zahl der Kleinstbetriebe, die oft keinem Verband angeschlossen sind, wächst. Diese Betriebe können anders kalkulieren als die KMU und treten als günstige Anbieter auf dem Markt auf. Schafft sich die Branche hier selbst eine Konkurrenz, die verhindert, dass am Markt höhere Preise und damit auch höhere Löhne bezahlt werden können?

Ich glaube nicht, dass allein der Lohn massgeblich ist für den Schritt in die Selbstständigkeit. Viele wollen ihr eigener Chef sein. Die Arbeitgeber haben aber erkannt, dass ein angemessener Lohn wichtig ist für den Arbeitsfrieden – eine gute Ausgangslage für höhere Mindestlöhne.

◀◀ Dabei stellen wir immer wieder fest, dass viele nicht Bescheid wissen über den Gesamtarbeitsvertrag. ▶▶

Weshalb wurde die Vertragsdauer des GAV auf vier Jahre ausgedehnt?

Artikel 16 Vertragsänderungen ermöglicht es, einen Antrag zu stellen, um bestimmte Punkte bezüglich der Sozialleistungen zu verhandeln. Es nicht in Stein gemeisselt, dass die Bedingungen für die nächsten vier Jahre so bestehen bleiben.

Die Unia fordert für den GaLaBau eine Lösung für die Frühpensionierung. Wie stellt sich die GBS hierzu?

Die GBS hat vor eineinhalb Jahren erste Abklärungen getroffen und Unterstützung eingeholt bei mit dem Thema vertrauten Experten. Wir sind uns einig, in welche Richtung wir gehen wollen und dass die Frühpensionierung hohe Priorität hat. Die Arbeitgeber sind auf den Zug aufgesprungen. Ziel ist es, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, um von Beginn an mitreden zu können. Es ist nicht effektiv, wenn die Arbeitgeber eine Lösung ausarbeiten, die die GBS hinterher ablehnt.

Unia-Mediensprecher Lorenz Keller bezeichnete die GBS unlängst als «gefügige Gewerkschaft». Was sagen Sie dazu?

Die GBS wurde schon öfters von der Unia angesprochen. Wir machen weiter wie bisher und lassen uns nicht unter

Druck setzen. Durch unser Vorgehen können wir mehr erreichen, davon sind wir überzeugt. Als anerkannter Sozialpartner sind wir bestrebt problemlösungs- und nicht konfliktorientiert zu handeln und halten uns zudem an die Friedenspflicht.

Rosen an Passanten verteilen, Blumen aus Abfallkübeln wachsen lassen mit dem Hinweis «Gartenbauer haben mehr verdient», wie vor Kurzem in Bern und Thun geschehen – solche Aktionen bringen Aufmerksamkeit. Was heisst das für die GBS?

Ich bin nicht begeistert von diesen Ansätzen. Wir sind auf eine Branche spezialisiert. Die Unia hat im Vergleich zur GBS weitaus grössere Ressourcen. Da steht eine ganze Firma dahinter.

Schaden die Medienberichte über die Aktionen der Unia und der Hinweis auf die schlechten Arbeitsbedingungen dem Image der Grünen Branche?

Das ist die Strategie der Unia. Ich sehe da vor allem Handlungsbedarf für den Unternehmerverband, dass das Berufs-

bild des Gärtners besser dargestellt wird. Man muss vom Bild wegkommen, dass derjenige, der nicht weiss, was er lernen soll, Gärtner wird.

Wird Ihrer Meinung nach zu wenig getan für die Berufswerbung?

Nach meiner Beurteilung wird viel unternommen. Auch die Kundschaft sollte wissen, was Gärtner leisten. So kann der Kunde die in der Dorfgärtnerei selbst gezogenen Pflanzen und die damit verbundene Arbeit besser wertschätzen.

Wie ist der Bekanntheitsgrad der GBS? Wird Werbung betrieben?

Wir sind mit rund 1000 Mitgliedern die grösste Arbeitnehmervertretung in der Grünen Branche. Seit der Umstrukturierung vor drei Jahren und der Professionalisierung ist die Bekanntheit wieder am Steigen. Es braucht Zeit, bis die GBS wieder die frühere Bekanntheit erlangt haben wird. Die GBS geht in die Berufsschulen und nimmt mit Firmen Kontakt auf, um bei Firmenanlässen zu informieren. Dabei stellen wir immer wieder fest, dass viele nicht über den Gesamtarbeitsvertrag der Grünen Branche Bescheid wissen. Hier wartet noch viel Arbeit auf uns.